

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe April 2019

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Michel Chossudovsky: Die Aufsplitterung Jugoslawiens und Rekolonialisierung Bosniens**
- **24.03.1999: Es begann mit einer Lüge**
- **Barbara Hug, Niels Peter Ammitzboell: Konsequenzen der Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawiens mit angereichertem Uran im Jahr 1999**
- **Hermann Ploppa: Siebzig Jahre NATO: Kein Grund zum Feiern**
- **M. Joppa, A.Neu: "Warum wacht ihr nicht auf?" - Protest gegen NATO-Geburtstag in Washington**
- **Prof. Dr. Eberhard Hamer: Vom Währungs- zum Militärkrieg**
- **Karin Leukefeld: Die Zerschlagung Syriens**
- **Karin Leukefeld: Hilfe für Syrien!**
- **Drohnenmorde und das Völkerrecht**
- **Stockholm: Olof-Palme-Preis 2019 an Daniel Ellsberg**
- **Ja und Nein zu mehr direkt-demokratischen Elementen im Bund**
- **Norbert Häring: Apple und Co. sollen vollen Zugriff auf unsere Gesundheitsdaten bekommen**
- **Vera Lengsfeld: Rundfunkbeitrag kann bar bezahlt werden – Barzahler als Verteidiger der Freiheit**
- **Digitalpakt verabschiedet trotz verfassungsrechtlicher Bedenken**
- **Heinrich Wohlmeyer: Europa – föderal-vielfältig, rechtsstaatlich, demokratisch**

Zitat des Monats von [Michel de Montaigne](#):

Die Geschichtsschreibung ist der zweite Triumph der Sieger über die Besiegten.

Editorial

20 Jahre nach dem **völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien** erinnern wir an dieses einschneidende Ereignis der Weltpolitik. Michel Chossudovsky stellt noch einmal ausführlich die Absichten und Taten der Angreifer dar. Auch die schrecklichen und bis heute andauernden Folgen für die Menschen werden in weiteren Beiträgen aufgezeigt. Wir verlinken Dokumente, die schon früh die Lügen und die Propaganda beleuchteten, mit denen dieser Krieg "begründet" worden war.

Passend zu diesem Thema erinnern wir auch an **70 Jahre NATO**. Wir tun dies mit Darstellungen von Hermann Ploppa und Alexander Neu, in denen der von Anfang an bestehende Offensivcharakter der NATO belegt und die ungeheure Geldverschwendung dafür kritisiert werden. Prof. Hamer schildert die kriegsabhängige Wirtschaft der USA, die schon bald zu weiteren Kriegen führen kann - nicht zuletzt, um die gigantische Schuldenblase der USA nicht platzen zu lassen.

Karin Leukefeld berichtet in zwei Beiträgen von der **Lage in Syrien**, Schwerpunkt: Golanhöhen und Rückkehr der Exil-Syrer in ihre Heimat.

Es gibt auch positive Nachrichten: **Daniel Ellsberg**, der jahrzehntelang mutig für den Frieden gearbeitet hat und von Kissinger als "gefährlichster Mann in Amerika" bezeichnet wurde, ist mit dem Olof-Palme-Preis ausgezeichnet worden.

Im deutschen Bundestag wurde über einen **Gesetzentwurf zur Stärkung der direkten Demokratie** im Grundgesetz debattiert, wenn auch noch ohne fassbares Ergebnis.

Die Gefahren von flächendeckenden **elektronischen Patientenakten** zeigt Norbert Häring auf - es gibt aber bereits auch Kritik aus der Ärzteschaft dafür.

Norbert Häring hat auch erfolgreich dafür gekämpft, dass **Rundfunkbeiträge mit Bargeld** bezahlt werden können; damit ist ein Schritt zur Bewahrung des Bargelds getan.

Unerfreulich ist dagegen die Verabschiedung des **Digitalpaktes**, womit nicht nur die Schulpolitik negativ beeinflusst wird, sondern auch der deutsche Föderalismus.

Am Ende kritisiert Heinrich Wohlmeyer die Pläne von Präsident Macron zur EU und plädiert für ein **Europa**, dessen Einheit in der Verschiedenheit liegt.

[Inhalt](#) ↑

- Michel Chossudovsky: **Die Aufsplitterung Jugoslawiens und Rekolonialisierung Bosniens**

Im Frühjahr 1996 setzt sich Michel Chossudovsky mit den [Anfängen der Zerstörung der Bundesrepublik Jugoslawien](#) auseinander. Er sah in der bis dahin sichtbaren Krise nur die Auswirkungen eines viel tiefer liegenden Prozesses der wirtschaftlichen und politischen Zerschlagung. Die Berichterstattung, die dies weitgehend ausblendet, verzerrt die wahren Ursachen der sozialen Konflikte.

Die wahren Ursachen sieht Chossudovsky in dem "Ruin eines Wirtschaftssystems einschließlich der Übernahme produktiver Anlagen, in der Ausdehnung von Märkten und in dem 'Kampf um Land' auf dem Balkan".

"In Jugoslawien stehen die Leben von Millionen Menschen auf dem Spiel. Die makroökonomische Reform zerstört ihre Lebenshaltung, stellt in Abrede ihr Recht auf Arbeit,

Ernährung und Wohnung, Kultur und nationale Identität ... Grenzen werden neu gezogen, das gesamte Rechtssystem ist neu definiert, die staatlichen Unternehmen werden in den Bankrott geführt, Finanz- und Banksystem sind zerbrochen, soziale Programme und Institutionen sind niedergerissen.“

Chossudovsky beschreibt viele Vorgänge unter Regie des IWF und der NATO im Detail.

Für den österreichischen Historiker und Publizist Hannes Hofbauer ist der [völkerrechtswidrige NATO-Angriff](#) vom 24.03.1999 der Schlusspunkt im Zerfallsprozess Jugoslawiens, bei dem die nationale Selbstbestimmung der Kosovo-Albaner als Vorwand diente. Die wesentlichen US-Interessen hinter diesem Krieg sei die militärische Nutzung des Kosovo als auch das Testen neuartiger Waffen wie Graphit- und Uranmunition gewesen.

[Michel Evgenij Chossudovsky](#) (Jg. 1943) war tätig als kanadischer Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Ottawa und Gastprofessor an vielen akademischen Einrichtungen außerhalb Kanadas, als Berater für Regierungen sog. Entwicklungsländer und Organisationen, die sich mit der Unterstützung sog. Entwicklungsländer und mit Friedenspolitik beschäftigen. Er ist international bekannt durch seine globalisierungskritischen Publikationen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● 24.03.1999: Es begann mit einer Lüge

Am 24.03.1999 jährte sich der Überfall auf Jugoslawien zum 20-ten Mal. Am 24. März 1999 beschloss die NATO ohne UN-Mandat und unter dem Vorwand, es gelte eine humanitäre Katastrophe abzuwenden, militärisch in den Kosovo-Konflikt einzugreifen und Jugoslawien zu bombardieren. Der Jugoslawien-Einsatz ist der erste Kriegseinsatz deutscher Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Für den Einsatz deutscher Soldaten lieferte Verteidigungsminister Rudolf Scharping die Argumente: Bilder von angeblichen Massakern an der Zivilbevölkerung, von zerstörten Dörfern. Die Serben hätten zur Vertreibung der Kosovaren den Operationsplan "Hufeisen" entwickelt, so das Verteidigungsministerium. Nach diesem Plan wollten die Serben die Kosovo-Albaner aus dem Land treiben. Zum Beleg lieferte Scharping den Journalisten die passenden Fotos. Die Bilder gingen durch die Presse und sorgten für Stimmung für einen deutschen Kriegseinsatz.

78 Tage führte die NATO dann Krieg gegen Jugoslawien – nicht nur mit Bomben. Von Beginn an ging es auch darum, wer die 'richtigen' Begriffe besetzte und die 'besseren' Bilder besaß.

Die ARD-Doku ["Es begann mit einer Lüge"](#) (Video, 1h13) wurde 2001 erstmals ausgestrahlt. Zu dem Film gibt es auch [ein vollständiges Manuskript](#) der Regisseure Jo Angerer und Mathias Werth.

Eine ausführliche Darstellung der Kriegsvorbereitung (über die ARD-Doku hinausgehend) nimmt Jochen Mitschka vor und beleuchtet dabei insbesondere die [Rolle der deutschen Politiker](#).

Zum Jahrestag anno 2016 präsentierte RT Deutsch 2016 eine Sondersendung ([Video, 0h35](#)). Im Interview erklärt Jochen Scholz, damals Mitarbeiter im Verteidigungsministerium, dass er schon 1998 davon überzeugt war, dass dieser Angriff unrechtmäßig ist. Scholz versuchte im Vorfeld des Krieges die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, was ihm jedoch nicht hinreichend gelang. Norman Paech (Die Linke, vormals PDS) reichte 1999 im Namen seiner Partei eine Organklage beim Bundesverfassungsgericht gegen den Jugoslawienkrieg ein. Doch auch auf juristischem Weg ließ sich der Angriff nicht stoppen. Paech erinnert sich an diese Zeit zurück. Milenko Srećković stammt aus Serbien, war damals 17 Jahre alt; er erzählt seine Erlebnisse, als die NATO-Bombardierungen begannen.

Ein belgisches Filmteam hat 1999 den Doku-Film ["Unter den Bomben der NATO"](#) (0h25) gedreht, der zu dieser Zeit allem widersprach, was die Massenmedien in Belgien, Deutschland und anderen Ländern über den NATO-Krieg in Jugoslawien berichtet haben.

[Inhalt](#) ↑

- Barbara Hug, Niels Peter Ammitzboell: **Konsequenzen der Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawiens mit angereichertem Uran im Jahr 1999**

Die Autoren gehen auf die 28 Beiträge ein, die auf dem 'Ersten Internationalen Symposium' in Niš (Südserbien) gehalten wurden. Hug und Ammitzboell stellen abschließend fest: "Da in den Planungen der westlichen Kriegsallianz häufiger von "kleinen regionalen Kriegen" die Rede ist, die man gewärtigen müsse, [kann uns der Serbienkrieg als übergroße Warnung dienen](#). Es war ein lokal begrenzter Krieg, geführt mit einer vernichtenden Wirkung: die "nachhaltig" angelegte Dezimierung der Bevölkerung. Berechnet man das radioaktiv-toxische Potential der verwendeten Waffen, kann einem das Blut in den Adern gefrieren."

Bei dem von 'Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.' veranstalteten Gedenken an den völkerrechtswidrigen Überfall der NATO auf Jugoslawien wurde an die [Opfer des Uranwaffeneinsatzes auf dem Balkan](#) erinnert. Es wurde u.a. gefordert, Uranwaffen zu verbieten.

[Inhalt](#) ↑

- Hermann Ploppa: **Siebzig Jahre NATO: Kein Grund zum Feiern**

Anlässlich des siebzigjährigen Bestehens der NATO erinnert Hermann Ploppa an [Ursprung und Geschichte der NATO](#) und stellt weitverbreitete Irrtümer richtig.

Habe man sich z.B. nach dem 2. WK gegen die sowjetische Angriffslust wappnen müssen? Tatsächlich hatte die Sowjetunion (SU) die Hauptlast des Krieges gegen Nazideutschland getragen und mit hohem Blutzoll bezahlt. Die Westalliierten haben lange zugesehen und sind erst am Ende, als die Ostfront immer weiter nach Westen rückte und die Beute nun zu verteilen war, tatsächlich eingeschritten.

Unmittelbar nach dem Krieg hat der Westen seine Weltherrschaftsansprüche markiert, nicht zuletzt mit dem strategisch sinnlosen Abwurf zweier Nuklearbomben auf japanische Städte. Die Teilung Deutschlands wurde vom Westen betrieben, als die SU noch im Glauben an gesamtdeutsche Lösungen gelassen wurde, an denen Stalin auch nach 1949 noch festhalten wollte.

Die SU musste sich aufgrund ihrer technischen Unterlegenheit und ihrer kriegsgeschwächten Wirtschaft selbst gegen die westlichen Hegemonieansprüche schützen. Nicht nur heute, sondern von Anbeginn war und ist die NATO kein defensives, sondern ein offensives Bündnis.

[Hermann Ploppa](#), Jg. 1953, Politologe und Publizist; zahlreiche Artikel und Bücher über die Eliten, Think Tanks, Stiftungen und Autoren in den USA; produzierte auch Hörfunk-Features über Sri Lanka und Burma. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- M. Joppa, A.Neu: **"Warum wacht ihr nicht auf?" - Protest gegen NATO-Geburtstag in Washington**

Anlässlich der Feier des 70-jährigen Bestehens der NATO finden in Washington zahlreiche Proteste und Veranstaltungen gegen das Bündnis statt. MdB Alexander Neu ist zusammen mit deutschen und US-amerikanischen Friedensaktivisten mit dabei. Neu bedauert, dass in Europa wie in den USA die Bevölkerung relativ passiv in Bezug auf die NATO ist.

Angesichts der [Geldsummen von über einer Billion Dollar pro Jahr](#), die in das Bündnis gesteckt werden, müsste die Bevölkerung eigentlich wach werden; denn diese von der Bevölkerung aufbrachten Gelder fehlen an anderen Stellen. Die NATO scheine eine gut funktionierende Propaganda zu betreiben, gegen die es zu arbeiten gelte.

[Alexander Neu](#), Jg. 1969, studierte politische Wissenschaft; promovierte 2004; mehrmals Auslandstätigkeit in der OSZE im ehemaligen Jugoslawien; 2006 bis 2013 Referent für Sicherheitspolitik bei der Fraktion 'Die Linke'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Prof. Dr. Eberhard Hamer: **Vom Währungs- zum Militärkrieg**

Die US-Politik behauptet zwar immer, Russland, China, Iran oder andere Länder seien kriegslüstern und von ihnen drohe Gefahr. Aber die Rüstungsausgaben und die weltweiten Angriffshandlungen (Sanktionen, Strafen und anderes) der USA weltweit zeigen, dass vor allem die USA kriegslüstern und kriegsbereit sind. Die mit dem Rücken zur Wand stehenden USA lassen wieder Russlandhetze und Kriegsdrohungen verbreiten, was Prof. Eberhard Hamer [an die Situation vor dem Ersten Weltkrieg erinnert](#).

Die USA befinden sich in der Lage, dass ihre Konjunktur mangels Waffennachfrage abzustürzen oder die Schuldenblase des Dollar-Imperiums zu platzen, und damit die Hegemonie des Weltfinanzsyndikats und der Weltmacht USA zusammenzubrechen droht. Damit wäre für die USA wieder ein Punkt erreicht, an dem die Politiker nicht mehr weiter wissen und möglicherweise zum letzten Mittel greifen. "Schon tönen aus den USA Stimmen, dass im Sommer der Krieg gegen Iran beginnen müsse. Die Vorbereitungen seien abgeschlossen."

[Prof. Eberhard Hamer](#), Jg. 1932, studierte Volkswirtschaft, Recht und Theologie; Rechtsanwalt, Unternehmer, bis 1995 Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bielefeld; Gründer und Präsident des 'Mittelstandsinstituts Niedersachsen' in Hannover und der 'Deutschen Mittelstandsstiftung'; Begründer der neuen 'Mittelstandsökonomie der personalen Wirtschaft und der Inhaberbetriebe'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Die Zerschlagung Syriens**

Am 21.03.2019 hat US-Präsident Trump getwittert, dass es [Zeit "sei, die israelische Souveränität über die Golanhöhen vollständig anzuerkennen"](#). Das Gebiet sei von "zentraler strategischer Bedeutung für die Sicherheit Israels und für die regionale Stabilität." Darauf gab es unterschiedliche Reaktionen:

Syriens Außenministerium verurteilte die Äußerung Trumps aufs Schärfste und betonte, dass "der Golan arabisch und syrisch war und bleiben wird". Die Resolution 497 des UN-Sicherheitsrates bezeichne die Ausweitung israelischer Verwaltung auf die Golanhöhen als "null und nichtig". Das syrische Volk sei entschlossen, "dieses syrische Territorium mit allen Mitteln zu befreien."

Die Arabische Liga betonte, dass die Golanhöhen nach dem Völkerrecht und gemäß UN-Sicherheitsratsresolutionen zu Syrien gehören. Der türkische Außenminister verurteilt den Bruch des Völkerrechts durch die Versuche der USA, die israelische Besatzungspolitik auf den Golanhöhen zu legitimieren.

Das russische Außenministerium erklärte, dass eine Veränderung des Status der Golanhöhen UN-Entscheidungen verletzen würde. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu bedankte sich sowohl bei Trump, als auch bei anderen US-Politikern, die Israel volle Unterstützung zusagten.

Die Golanhöhen sind reich an Wasserquellen und geben Israel die entscheidende Kontrolle über den See Genezareth, einen großen Süßwassersee, der in einer Region mit immer größerem Wassermangel von entscheidender Bedeutung ist. Nun hat Herr Trump grünes Licht gegeben, dass Israel den Golan dauerhaft behalten kann, [aber Israels Sicherheit wird dadurch nicht entscheidend verbessert](#).

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Hilfe für Syrien!**

Die 2011 eingesetzte UN-Untersuchungskommission Syrien, die keine Einreiseerlaubnis nach Syrien hat, erkennt eine Fülle von Problemen für rückkehrende Syrer. Auf keinen Fall sei eine sichere Rückkehr möglich. Kehren Syrer freiwillig und zum Teil mit finanzieller Hilfe der Bundesrepublik in ihr Land zurück, so wird das z.B. von einer Bundestagsabgeordneten der Linken als "kaltherzig" und von 'medico international' als "Starthilfe in den Tod" kritisiert.

Karin Leukefeld sieht allerdings nicht, dass die Zurückkehrenden ihr Leben aufs Spiel setzen; vielmehr habe der Krieg im größten Teil Syriens aufgehört. Die Leute lassen sich vor ihrer Rückkehr bei ihren Angehörigen erzählen, wie die Lage einschließlich einer möglichen Gefährdung vor Ort aussieht.

Leukefeld weist daraufhin, dass internationale Hilfsorganisationen bedauern, dass sich die deutsche Regierung nicht am Wiederaufbau und der Schaffung von Arbeitsplätzen in Syrien beteiligt. Stattdessen wird das Sanktionsregime aufrechterhalten und immer wieder verschärft. Mit der Verweigerung von Hilfe für den Wiederaufbau und mit dem Sanktionsregime wird der [Wirtschaftskrieg gegen die syrische Regierung von Assad und die syrische Wirtschaft fortgesetzt](#), aber die Gebiete der angeblich moderaten Opposition wie Idlib werden von den Sanktionen ausgenommen.

Der Eichstätter Bischof Gregor Maria Hanke, der Mitte Februar von einer Reise aus Syrien zurückkehrte, richtet angesichts dieses irrationalen Verhaltens auch der deutschen Politik folgende Worte an die Bundesregierung und an die Abgeordneten im Deutschen Bundestag: "Die Politik sollte sich viel mehr damit befassen, was können wir Gutes tun für die Menschen, die dort geblieben sind, die den Wiederaufbau wollen, die bereit sind, alles zu geben für den Wiederaufbau, weil sie ihr Land lieben. Diese Frage finde ich bei uns in der Politik leider nicht vertreten."

[Inhalt](#) ↑

- **Drohnenmorde und das Völkerrecht**

Das Oberverwaltungsgericht Münster ist überzeugt, dass Deutschland nach Art.2 Abs.2 GG eine Schutzpflicht gegenüber Zivilpersonen hat, die unter Nutzung der 'Air Base Ramstein' mit US-Drohnen völkerrechtswidrig bedroht werden. [Völkerrechtswidrig sind auch grundsätzlich zulässige Drohneneinsätze](#), wenn sie gegen das humanitäre Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsschutz verstoßen.

Dies sind sie, wenn sich die Waffen gegen nicht an Kämpfen beteiligten Personen richten. Dies sind sie auch, wenn der bewaffnete Konflikt bzw. die daran beteiligten Kampfgruppen als potentiell global (grenzenlos) angesehen werden. Und dies sind sie auch, wenn sie präventiv, also ohne aktuell bestehende Gefahr erfolgen.

Da lt. UN-Sonderberichterstatter bei einer Reihe von bewaffneten Angriffen ein nicht ausgeräumter begründeter Verdacht der Rechtswidrigkeit besteht, erkannte das Bundesverwaltungsgericht 2016, dass die deutschen Staatsorgane die Pflicht haben, "die bindenden Völkerrechtsnormen zu befolgen und Verletzungen zu unterlassen, aber auch - unter bestimmten Voraussetzungen - [das Völkerrecht im eigenen Verantwortungsbereich durchzusetzen](#), wenn dritte Staaten dieses verletzen. Danach müssen die deutschen Behörden und Gerichte alles unterlassen, was einer unter Verstoß gegen allgemeine Regeln des Völkerrechts vorgenommenen Handlung nichtdeutscher Hoheitsträger im Geltungsbereich des Grundgesetzes Wirksamkeit verschafft, und sind gehindert, an einer gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts verstoßenden Handlung nichtdeutscher Hoheitsträger bestimmend mitzuwirken."

German-Foreign-Policy bringt ebenfalls eine sehr umfassende Darstellung zu diesem Urteil und prangert zusätzlich an, dass die [Bundesregierung mit auf der Anklagebank](#) saß, da sie die

Exekution deutscher Staatsbürger in Pakistan durch Weiterleiten von Mobilfunknummern ermöglicht hat. – *Dieser Artikel ist in seiner Vollständigkeit allerdings nur für Abonnenten einsehbar (Red.).*

Die Kampagne “Stopp Air Base Ramstein“ zieht aus diesem Urteil den Schluss, [dass nun “der Truppenstationierungsvertrag für die US-Base gekündigt werden \[muss\]](#), das ist der Weg den Drohnenkrieg zu beenden“.

[Inhalt](#) ↑

• Stockholm: Olof-Palme-Preis 2019 an Daniel Ellsberg

Daniel Ellsberg, lt. Henry Kissinger “der gefährlichste Mann in Amerika, der um jeden Preis gestoppt werden muss“, wurde am 30.01.2019 in Stockholm der [Olof-Palme-Preis für seine Friedensarbeit, “sein Wissen und Können, seinen tiefgreifenden Humanismus und außergewöhnlichen moralischen Mut“ verliehen.](#)

Bei der Preisverleihung wurde auch an die von Olof Palme definierte Doktrin der gemeinsamen Sicherheit erinnert: “Wir müssen eine Sicherheit, die auf ständig wachsende Rüstung angewiesen ist, schrittweise durch eine Sicherheit ersetzen, die grundsätzlich politisch ist und auf gegenseitigem Vertrauen beruht. Politische und ideologische Gegner müssen trotz grundlegender Meinungsverschiedenheiten zusammenarbeiten, um einen Atomkrieg zu vermeiden, zusammen überleben – oder zusammen sterben. Es wird keinen Gewinner in einem Atomkrieg geben.“ – Diese zentrale Aussage hatten auch Ronald Reagan und Michail Gorbatschow eingesehen.

Daniel Ellsberg ist der Autor von vier Büchern, darunter “Secrets: A Memoir of Vietnam and the Pentagon Papers” (2002) und kürzlich “The Doomsday Machine – Zugeständnisse eines Atomkriegsplaners” (2017). Bücher, die für Parlamentarier und Regierungen auf der ganzen Welt Pflichtlektüre sein sollten.

Ellsberg hat 1971 durch die [Veröffentlichung der geheimen Pentagon-Papiere](#) die jahrelange Täuschung der US-amerikanischen Öffentlichkeit über wesentliche Aspekte des Vietnamkriegs aufgedeckt. Wegen dieser von der Regierung verbotenen Veröffentlichung kam es zum Rechtsstreit, der mit einem Grundsatzurteil dem Verbot widersprach und die Pressefreiheit stärkte. Ellsberg wurde trotzdem wegen Spionage angeklagt und zu 115 Jahren Haft verurteilt; doch dieser Prozess platzte, nachdem bekannt wurde, dass Geheimdienstmitarbeiter bei Ellsbergs Psychiater eingebrochen waren und Ellsberg illegal überwacht wurde.

[Im Interview nimmt Ellsberg](#) nicht nur zu dem damaligen Präsidenten Nixon sondern auch zu anderen Präsidenten bis hin zu Trump Stellung.

[Inhalt](#) ↑

• Ja und Nein zu mehr direkt-demokratischen Elementen im Bund

Mit der Forderung der Linken nach mehr direkter Demokratie hat sich der [Bundestag am 14.06.2018](#) befasst. Den Gesetzentwurf der Fraktion “zur Stärkung der direkten Demokratie im Grundgesetz“ ([19/16](#)) überwies das Parlament nach erster Lesung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Inneres und Heimat. Dort erfolgte am 18.03.2019 eine öffentliche Anhörung ([Tagesordnung](#), [Video über Ablauf/1h58](#)).

[Die von den Experten vorgebrachten Einschätzungen](#) zum Gesetzesentwurf gehen recht weit auseinander und sind auch schriftlich zusammengefasst vorhanden. Die schriftliche [Stellungnahme von ‘Mehr Demokratie e.V.’](#) liegt ebenfalls vor.

Einen breiten Raum nahmen die Quoren, Art. 79(3) GG und Bedeutung/Zusammenwirken von Parlament und Volksabstimmung ein.

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Apple und Co. sollen vollen Zugriff auf unsere Gesundheitsdaten bekommen**

Es gibt einen Entwurf zu einem "Terminservice- und Vorsorgegesetz (TSVG)" von Gesundheitsminister Spahn, welches bis 2021 eine flächendeckende [Versorgung mit elektronischen Patientenakten durch die Krankenkassen](#) anstrebt. Der Münchner Psychiater Meißner kritisiert, dass dies die Arbeit von Ärzten erschwere und wegen der großen Datenfülle unübersichtlich und fehleranfällig mache, was man bereits in Österreich beobachten könne, wo dies schon praktiziert werde. Dagegen sei der sinnvolle digitale Informationsaustausch im Interesse der Diagnostik auch mittels anderer Datenbanken möglich. Die EU-Kommission, die für das Gesundheitswesen gar nicht zuständig ist, treibt die elektronische Akte aber voran, unterstützt von Politikern wie Lauterbach und Spahn. Datensicherheit ist dabei eine Illusion, wie z.B. die nicht autorisierte Veröffentlichung von 14'000 persönlichen Daten von HIV-Patienten in Singapur zeigt.

Die "sozialen" Netzwerkbetreiber wie Apple erarbeiten bereits Apps, mit denen ihre Kunden ins Internet gelockt werden sollen, um dort mithilfe ihrer Karte individuelle Gesundheitsberatung zu nutzen – und ihre Gesundheitsakte damit weltweit öffentlich machen. Datensicherheit ist nach Angaben des Chaos Computer Club nicht gegeben. Einstweilen solle dies freiwillig geschehen, aber es ist absehbar, dass die Versicherungen mit Sanktionen gegen widerspenstige Nicht-Nutzer vorgehen werden.

[Die kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein übt massive Kritik an Spahns TSVG](#), das alle Ärztinnen und Ärzte zwingt, sich an eine völlig unsichere, vernetzte Dateninfrastruktur anzuschließen und die hochsensiblen Gesundheitsdaten ihrer Patienten dort einzuspeisen. Neben der Zerstörung der Vertraulichkeit im Arzt-Patientenverhältnis werde auch das Selbstbestimmungsrecht der Patienten ausgehöhlt. Häring macht darüber hinaus auf das mit dem TSVG einhergehende Erpressungs- und Schadenspotential aufmerksam.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Vera Lengsfeld: **Rundfunkbeitrag kann bar bezahlt werden – Barzahler als Verteidiger der Freiheit**

Auf Betreiben des Einzelkämpfers Norbert Häring hat das Leipziger Bundesverwaltungsgericht (BVG) entgegen früherer Gerichtsurteile [geurteilt, dass es zulässig ist, die Rundfunkgebühr in bar zu bezahlen](#). Damit kann jeder Zahlungspflichtige den Beitragsservice auffordern, eine Stelle zu benennen, wo er seine Gebühr bar bezahlen kann. Der Beitragsservice muss nun mit Banken entsprechende Verträge abschließen. Mit seinem Sieg vor dem BVG stärkt Häring auch den Anspruch auf Bargeld, das tendenziell abgeschafft werden soll. "Barzahler sind Verteidiger des Bargelds und damit unserer Freiheit", meint Vera Lengsfeld.

[Vera Lengsfeld](#), Jg. 1952, studierte Geschichte und Philosophie, gehörte zur Opposition in der DDR, 1990 bis 2005 Mitglied im Deutschen Bundestag ([Bündnis 90/Die Grünen, CDU](#)); freie Autorin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Digitalpakt verabschiedet trotz verfassungsrechtlicher Bedenken**

Nachdem die Bundesregierung das für die Umsetzung des Digitalpakts erforderliche Sondervermögen auf den Weg gebracht hatte, hat der Bundestag am 29.11.2018 mit Zweidrittel-Mehrheit die von der Bundesregierung gewünschte Grundgesetzänderung beschlossen. Die Bundesländer kritisierten an der vom Bundestag beschlossenen Grundgesetzänderung, dass der Bund an Folgeprojekten eine 50:50-Finanzierung festgelegt haben wollte, was sich nur finanzstarke Bundesländer erlauben können.

Daraufhin wurde am 14.12.2018 der Vermittlungsausschuss angerufen. Der Vermittlungsausschuss hat am 20.2.2019 dem Bundestag und dem Bundesrat einen Einigungsvorschlag vorgelegt, dem der [Bundestag am 21.2.2019 mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit und der Bundesrat am 15.3.2019 zugestimmt](#) haben. Der Kompromiss sieht vor, dass Bund und Länder über die Laufzeit des Digitalpakts in enger Abstimmung, aber die Zuständigkeit für das Schulwesen als wichtiger Bestandteil der Kulturhoheit der Länder unberührt bleiben.

Der Kompromiss sieht eine allgemeine Berichtspflicht der Länder vor. Denn [Schulpolitik ist nach Art. 30 des Grundgesetzes Ländersache](#), was auch renommierte Verfassungs- und Verwaltungsrechtler immer wieder betonen. Nach Auffassung des Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Hans-Günter Henneke, ist der Bund nach Art. 104b des Grundgesetzes nur zu [konjunktursteuernden und strukturpolitischen Finanzhilfen](#) sowie bei Naturkatastrophen und in vergleichbaren Notsituationen befugt.

[Inhalt](#) ↑

- Heinrich Wohlmeyer: **Europa – föderal-vielfältig, rechtsstaatlich, demokratisch**

Heinrich Wohlmeyer setzt sich kritisch mit Emmanuel Macrons “Appell an die Europäer“ auseinander und findet: Macron flieht vor den internen Problemen auf die europäische Ebene und vergisst dabei, dass die Verarmung dem System des Finanzkapitalismus geschuldet ist, dem er seinen Aufstieg verdankt. [Macron verliert auch kein Wort zur direkten Demokratie](#), um den besorgten Bürgern und Bürgerinnen eine Stimme zu geben, sondern redet von einer zu installierenden politischen Kontrollbehörde.

Der formulierte Machtanspruch Europas und die geforderte Aufrüstung stehen im Widerspruch zu einem Europa als Projekt des Friedens. Der Wert Europas liegt nach Wohlmeyer nicht in seiner Macht, sondern in seiner gemeinsamen Kultur, die Einheit in der Verschiedenheit zeigt.

Der Alltag der Bürger interessiert Macron nicht, für ihn zählen die Freizügigkeit von Personen, Gütern und Kapital. Macron erkennt nicht, dass der Euro zur inneren Abwertung und damit zu Wettbewerbsnachteilen führt. Macron realisiert auch nicht, dass der Lissabon-Vertrag die europäische Rechts- und Demokratietradition auf den Kopf stellt, weil die Rechtssetzung von der versammelten Exekutive ausgeht.

Für Wohlmeyer bedürfen die Forderungen Macrons nach einer gesamteuropäischen sozialen Grundsicherung, gleichen Löhnen und einem Mindestlohn einer handels- und finanzpolitischen Absicherung wie er sie in seinem grundlegenden [Manifest “Unverzichtbare Eckpunkte einer weltweit zukunftsfähigen Gesellschaftsgestaltung“](#) beschrieben hat.

[Heinrich Wohlmeyer](#), Jg. 1936, studierte Rechtswissenschaft und Landwirtschaft; 20 Jahre in Industrie, Regionalentwicklung und Handelspolitik sowie 10 Jahre als Forschungsmanager tätig; baute Gesellschaften für die Forschung in Agrar- und Lebenswissenschaft sowie Biotechnologie auf; bewirtschaftete einen eigenen Bergbauernhof. (Red.)

[Inhalt](#) ↑